

AUSGABE 1-2025  
INFORMATIONEN FÜR MITGLIEDER  
UND POLITIK

# Notizen



**EINIGUNG NACH  
SCHLICHTUNG**

*SEITE 3*

**RALF ROGGENBUCK  
INTERVIEW**

*SEITE 5 ff.*

**DJG LEITBILD UND  
RESOLUTION**

*SEITE 14 ff.*

**AUS DEN  
LÄNDERN** *SEITE 21 ff.*

**DEUTSCHE JUSTIZ-GEWERKSCHAFT  
BUNDESVERBAND**

# Besser finanzieren mit unserem besten BBBank-Zins<sup>1</sup>

Sie haben große Pläne? Dann haben wir die passende Baufinanzierung. Als Hausbank des dbb vorsorgewerk bieten wir Ihnen individuelle Beratung und unseren aktuell besten BBBank-Zins<sup>1</sup>.

Exklusiv für  
**dbb-Mitglieder**  
und ihre  
Angehörigen



**Jetzt informieren**

[www.bbbank.de/dbb](http://www.bbbank.de/dbb) oder Mail zum Thema  
**Baufinanzierung für dbb-Mitglieder an**  
[baufinanzierung@bbbank.de](mailto:baufinanzierung@bbbank.de)

<sup>1</sup> Sie legen der BBBank vor Darlehensvertragsabschluss ein personalisiertes, aktuelles (nicht älter als fünf Bankarbeitstage) und verbindliches Konkurrenzangebot eines Kreditinstituts mit Sitz in Deutschland mit konkreten Parametern (Zinsart – variabel/fest, Zinsbindung, Rate/Tilgung, Immobilie und Sondertilgungsoptionen) vor. Dieses muss dieselben Parameter enthalten wie das künftige Darlehen, das mit der BBBank geschlossen werden soll. Die BBBank wird Ihnen sodann ein entsprechendes Angebot mit einem günstigeren Zinssatz unterbreiten. Sollte die BBBank die Kundenbonität oder Sicherheitenbewertung anders bewerten als das Kreditinstitut, das das Vergleichsangebot erstellt hat, kann sie die Darlehensvergabe ablehnen. Dieses Angebot gilt ausschließlich für Produkte, die im Leistungsangebot der BBBank enthalten sind und ist bis zum 31.12.2025 befristet.

- Vorwort Bundesleitung ..... 04
- Im Dialog mit Ralf Roggenbuck ..... 05 ff.
- Fachbereich Soziale Dienste der Justiz .....08
- Neue Fachbereichsvorsitzende Soziale Dienste .....09
- Interview mit Rieke Erichsen - Justizdrama-Autorin ..... 10 / 11
- Austausch der Bundesleitung mit norddeutschen Landesverbänden ..... 11
- Fachbereich Rechtspfleger ..... 12 / 13
- Resolution der DJG gegen Extremismus .....13
- Neues Leitbild der DJG ..... 14
- DJG votiert gegen Plan zur Umwandlung der HR-Nord in eine Justizakademie ..... 15
- DGVB trifft DJG / Personalratsarbeit in der Praxis (Seminar) ..... 16
- 66. Jahrestagung dbb beamtenbund und tarifunion ..... 17
- Bundesvorstand in Eisenach ..... 18
- Neue Ausbildungsverordnung Justizfachangestellte ..... 19
- Landesverband Bayern ..... 21
- Landesverband Niedersachsen ..... 21 / 22
- Landesverband Nordrhein-Westfalen ..... 23

## Vorboten zur Tarifrunde TV-L?

Die Tarifverhandlung für den öffentlichen Dienst fand von Dezember bis April in Potsdam statt. Sie endete mit einer Schlichtung am 6. April 2025. Die Arbeitgeber hatten am 17.03.2025 eine Schlichtung nach dem Scheitern der Gespräche vereinbart.

Für die Deutsche Justiz-Gewerkschaft nahmen Karen Altmann und Patricia Schreier an der Verhandlungsrunde teil. Die Verhandlungen gestalteten sich gerade im Hinblick auf die Haushaltslage der Bundesrepublik und die am 23. Februar 2025 abgehaltene Bundestagswahl als schwierig und zäh. Die dbb Bundestarifkommission tagte in mehreren Sitzungen und wurde seitens der Verhandlungsführer, Volker Geyer und Andreas Hemsing, stets auf dem Laufenden gehalten.

Erneut wurde um das Ergebnis gerungen. „... leider mussten wir Bund und Kommunen jeden Cent, jede Minute und jeden noch so kleinen Fortschritt unendlich mühsam abringen. Zu keinem Zeitpunkt war bei den Arbeitgebenden erkennbar, dass sie Zukunft gestalten wollen.“, sagte Volker Geyer.

### Die Eckpunkte der Einigung:

- 3,0 % lineare Entgelterhöhung ab 04/2025
- 110 Euro Mindestbetrag im ersten Schritt
- 2,8 % lineare Entgelterhöhung ab 05/2026
- Laufzeit 27 Monate (bis 31.03.27)
- Je 75 Euro Erhöhung für Auszubildende in 2025 und 2026 sowie Übernahmegarantie ab Note 3
- Freiwillige Komponenten zur Arbeitszeitgestaltung



Foto: Friedhelm Windmüller (c) 2025

Patricia Schreier (Landesvorsitzende DJG Brandenburg) und Karen Altmann (Stv. Bundesvorsitzende) sind Mitglieder der DJG Bundestarifkommission. In dieser Funktion begleiten Sie bereits seit Dezember 2024 die Tarifverhandlungen des TvÖD für die Kolleginnen und Kollegen im Bund und in den Kommunen.

Alle Details zum Tarifabschluss sind auf der Internetseite des dbb veröffentlicht. Die Deutsche Justiz-Gewerkschaft hält das erreichte Tarifergebnis für tragbar. Die Frage stellt sich, ob die Ergebnisse im TVÖD für Bund und Kommunen Vorboten auf die im Dezember 2025 beginnenden Tarifverhandlungen des TV-L für die Länder sind.

Karen Altmann  
Stv. Bundesvorsitzende

V.l.n.r.: Volker Geyer (Stv. Bundesvorsitzender dbb beamtenbund und tarifunion), Nancy Faeser (Bundesministerin des Innern und für Heimat), Frank Werneke (Vorsitzender ver.di) und Karin Welge (Oberbürgermeisterin Stadt Gelsenkirchen, Präsidentin der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände)



Foto: Friedhelm Windmüller (c) 2025

## VORWORT

**Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,**

wir sind im Moment viel in Bewegung. Tagungen und Kongresse ermöglichen uns, unser Netzwerk weiter auszubauen und die Interessen der Deutschen Justiz-Gewerkschaft in der Öffentlichkeit, aber auch in der Politik, zu vertreten. Selbst wer die Nachrichten und Berichte in den Medien nicht intensiv verfolgt, spürt den Geist von Auf- und Umbrüchen. Die neu gewählte Bundesregierung hat mit den Stimmen des alten Bundestags bereits dringliche Weichen stellen müssen. Verbunden damit sind Investitionen in unsere Wehrhaftigkeit, unsere Infrastruktur und der Sicherung des Rechts-

staats gegen Angriffe von Dritten auf unsere Demokratie. Dabei darf die Justiz als dritte Gewalt im Staat nicht vergessen werden und innere Sicherheit allein ist nicht nur durch erhöhten Mitteleinsatz beispielsweise bei der Polizei möglich. Der öffentliche Dienst mit allen seinen Facetten greift Hand in Hand und muss ebenso in seiner Fortentwicklung mitgedacht und mit Finanzen bedacht werden. Und zwar die gesamte Justiz, also auch jene Menschen im System, die den Richtern und Staatsanwälten zuarbeiten und für funktionierende Prozesse in den Gerichten und Staatsanwaltschaften sorgen.



Am Rande der Hauptvorstandssitzung des dbb beamtenbund und tarifunion in Berlin hatte die Bundesleitung die Gelegenheit zu einem Interview mit Ralf Roggenbuck, der aus unseren Reihen kommt und im Landesverband Brandenburg den Fachbereich Richter/Staatsanwälte vertritt. Neben seiner Tätigkeit als Staatsanwalt in Potsdam ist er der Vorsitzende des dbb brandenburg. Das Gespräch mit ihm ist auf Seite 5 ff. zu finden.



Neben Terminen mit Politik und anderen Fachverbänden haben auch unsere Fachbereiche getagt. In Königswinter in NRW gab es ein Tarifseminar zur Eingruppierung im IT-Bereich – ein wichtiges Thema, denn mit Blick auf die Digitalisierung in der Justiz und die noch großen Herausforderungen im Kontext der Einführung der E-Akte sind IT-Spezialisten wichtig und hier steht der öffentliche Dienst besonders unter Druck im Vergleich zur Entlohnung in der Privatwirtschaft.

Die Tarifverhandlungen für Bund sowie Kommunen (TVöD) sind nach der Schlichtung am Sonntag 06.04.25 zu einem Tarifabschluss gekommen. In zwei Schritten stehen lineare Erhöhungen der Tabellenentgelte (sowie Mindestbeträge der Erhöhung) im Fokus des Ergebnisses. Der Vertrag wird für 27 Monate geschlossen. Aus Reihen des dbb beamtenbund und unseren DJG-Vertreterinnen in der Bundestarifkommission, Patricia Schreier und Karen Altmann war zu hören, dass es sehr schwierige Auseinandersetzungen mit der Arbeitgeberseite gab. Blicken wir nun auf die Tarifverhandlungen für den TV-L, die Ende des Jahres 2025 beginnen.

Wir wünschen unserer Leserschaft abschließend frohe Ostertage und hoffentlich ein wenig freie Zeit, um Luft zu holen und sich der Familie, den Partnerinnen und Partnern oder Freunden zu widmen.

**Mit kollegialen Grüßen**  
**Beatrix Schulze und Klaus Plattes**



## Im Dialog mit **Ralf Roggenbuck**

Im dbb-forum Berlin traf die Bundesleitung der DJG am Rande der Hauptvorstandssitzung des dbb den Landesvorsitzenden des dbb brandenburg Ralf Roggenbuck. Er ist langjähriges Mitglied der DJG und verantwortet den Fachbereich Richter/Staatsanwälte im DJG-Landesverband in Brandenburg. Im Dialog mit Ralf Roggenbuck ging es um tagesaktuelle, politische Fragen sowie die Zusammenarbeit zwischen dem dbb brandenburg und der Deutschen Justiz-Gewerkschaft.

***DJG Notizen:** Vielen Dank für die Möglichkeit, mit Dir zu sprechen, lieber Ralf. Du bist Staatsanwalt – erzähle unserer Leserschaft doch, welchen Weg der Ausbildung Du gewählt hast, welche Stationen es in der beruflichen Laufbahn gab und natürlich, was Dich seinerzeit motiviert hat, Mitglied der DJG zu werden.*

In meiner Jugend habe ich mir gewünscht, Jugendrichter zu werden. Jetzt, nach vielen Berufsjahren, schließt sich der Kreis, da ich seit Kurzem Abteilungsleiter der Jugendabteilung der Staatsanwaltschaft Potsdam bin. Nach meinem Jurastudium und Referendariat war ich zunächst in der Wohnungsbauwirtschaft tätig und bin danach als Staatsanwalt in den Staatsdienst des Landes Brandenburg gewechselt. Zu dieser Zeit bestand noch die Kooperation zwischen den

Ländern Brandenburg und Nordrhein-Westfalen, sodass meine ersten sechs Monate im Dienst bei der Staatsanwaltschaft in Krefeld stattfanden – rückblickend eine gute und für mich vor allem lehrreiche Zeit. Nun bin ich über dreißig Jahre in der Staatsanwaltschaft tätig und habe es nie bereut, in die Justiz zu gehen und diesen Beruf auszuüben. Daneben hatte ich an der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt/Oder einen Lehrauftrag und durfte später auch als Referendararbeitsgemeinschaftsleiter Referendarinnen und Referendare ausbilden.

Wie bin ich aber eigentlich zur DJG gekommen? Eine ungewöhnliche Geschichte. Ich war seinerzeit und bin noch der Vorsitzende des Bundes Brandenburger Staatsanwälte, eine kleine berufsständische Vereinigung, die sich um die Belange der Staatsanwältinnen und Staatsanwälte kümmert. Bei einem parlamentarischen Termin habe ich die damalige Landesvorsitzende der DJG Brandenburg, Sabine Wenzel, getroffen. Ich kann mich noch gut erinnern, wie sie zu mir sagte, dass es notwendig ist, die Vertretung der verschiedenen Berufe in der Justiz unter einem einheitlichen Dach - also der Deutschen Justiz-Gewerkschaft zu bündeln. Das hat mich überzeugt, sodass ich direkt Mitglied wurde und auch heute noch bin ich dieser Überzeugung.

**DJG Notizen:** Von der DJG ging es für Dich dann weiter zum Landesverband des dbb.

Der damalige Vorstand des dbb brandenburg war zurückgetreten und eine neue Führungsriege wurde gesucht. Da die Justizgewerkschaften und -verbände viele Mitglieder im dbb brandenburg hatten, war es deren Wunsch, den Vorsitzenden mit einem Mitglied der Justiz-Gewerkschaft zu besetzen. Ich wurde zuerst vom Hauptvorstand des dbb brandenburg kommissarisch gewählt und dann beim nächsten Gewerkschaftstag im Amt bestätigt. Das Amt des Landesvorsitzenden übe ich jetzt schon seit fast 13 Jahren aus.

**DJG Notizen:** Die Aufgaben im dbb gestalteten sich wahrscheinlich anspruchsvoll und vielfältig. Und wie gestaltet sich die Zusammenarbeit mit dem Landesverband DJG?

Zunächst musste ich mir einen Überblick verschaffen, was an Aufgaben auf mich zukam. Die Arbeit ist einerseits stark dadurch geprägt, dass man im Land Politik macht. Man ist häufig im Dialog mit den verschiedenen Ministerien und oft im Landtag. Zusätzlich stehen Aufgaben an im Bereich des Bundesvorstands dbb, also zum Beispiel das Mitwirken in der Bundestarifkommission und viele weitere Tätigkeiten.

Die Zusammenarbeit zwischen dem dbb und der DJG ist von je her toll, sei es seinerzeit mit Sabine Wenzel oder jetzt mit Petra Schmidt und Patricia Schreier. Wir haben zum Beispiel die „bewegten Mittagspausen“ zu verschiedenen Themen initiiert und sind stolz auf inzwischen ca. 150 Teilnehmende.

**DJG Notizen:** Welche Erwartung richtet der dbb brandenburg an die zukünftig amtierende Bundesregierung, insbesondere natürlich mit Blick auf die Sondervermögen der Bundesregierung und dem Bezug zur Justiz?

Ich finde, man sollte sich als Politik überlegen, was auch umsetzbar ist und nicht einfach Schaufenstergesetze verabschieden. Gesetze bringen mitunter viel Arbeit und Aufwand hervor und dafür müssen die personellen Ressourcen auch gegeben sein. Betreffend der Sondervermögen finde ich, kann die Justiz erst einmal zurückstehen – es gibt in der Infrastruktur im Land Brandenburg wichtigere Aufgaben im Bereich Verkehr oder Schulen als bei Justizgebäuden.

**DJG Notizen:** Das Justizministerium in Brandenburg steht unter neuer Leitung. Was sind die Erwartungen des dbb brandenburg und wo gibt es offenkundig Handlungsbedarf?

Wir sollen im Bereich der Justiz in diesem Jahr die elektronische Akte einführen. Das ist schwierig. Wir haben damit im Bereich der Ordnungswidrigkeitsverfahren begonnen und es zeigt sich vor allem, dass es viel mehr Arbeit für die Geschäftsstellen bedeutet. Und wenn ich von Mehrbelastungen spreche, meine ich nicht nur den zeitlichen Aufwand, sondern auch das Aneignen des technischen Know-hows. Anspruchsvollere Tätigkeiten bedeuten aber auch, dass man die Frage nach der Eingruppierung neu stellen muss. Man riskiert die Mitarbeitenden in der Justiz zu verlieren, wenn man anspruchsvolle Aufgaben und Anforderungen auf der



einen Seite verlangt, andererseits aber die Vergütung dann im Vergleich zur freien Wirtschaft nicht mehr adäquat ist.

Die Hauptherausforderung für das Justizministerium ist also, bei den klammen Kassen im Landeshaushalt weiterhin so das Personal zur Verfügung zu stellen, wie es im Moment der Fall ist. Im mittleren Dienst ist da auch noch Luft nach oben für neu zu schaffende Stellen. Mit Blick auf die E-Akte sind wir an einem Scheideweg, wenn wir nicht endlich damit anfangen, den mittleren Dienst auch anständig zu bezahlen – dann wird es Probleme geben, die Funktionstüchtigkeit der Justiz aufrechtzuerhalten. Schon heute – da spreche ich jetzt aus meinen Erfahrungen bei der Staatsanwaltschaft Potsdam – haben wir alleine deshalb in der Belegschaft hohe Krankenstände, weil viele Bedienstete der enormen Belastung nicht mehr standhalten können.

**DJG Notizen:** *Wir sind seitens der Bundesleitung dankbar, dass Du dieses Thema so offen ansprichst und auch unsere Forderung nach einem stärkeren mittleren Dienst bekräftigst, wozu auch eine Anhebung der Eingangssämter zählt.*

Es wird in Zukunft mein Hauptthema im Austausch mit dem Justizministerium sein. Was nutzen die Ambitionen zur Nachwuchsgewinnung, wenn wir nicht adäquate Bezahlung anbieten können. Man muss also ständig auf die Situation hinweisen, damit die Justiz als kleinere Einheit im Vergleich zu Polizei oder Bildung nicht hinten ansteht.

**DJG Notizen:** *Was ist Dein Wunsch, den Du als Landesvorsitzender des dbb brandenburg an die Deutsche Justiz-Gewerkschaft richten möchtest?*

Von der Deutschen Justiz-Gewerkschaft und dem Landesverband Brandenburg wünsche ich mir natürlich, dass die Zusammenarbeit weiter so gut und konstruktiv wie bisher laufen wird. In der DJG wird viel Arbeit geleistet und unsere Mitglieder verbinden ja auch mit uns die Hoffnung, das wir unsere Forderungen und Ziele für die Bediensteten im Land bestmöglich erreichen.

**DJG Notizen:** *Vielen Dank bis hier für das Gespräch – zum Schluss noch eine Frage: Es hört sich bei Dir nach viel Arbeit an, wenn man von allen Aufgaben hört. Wie sieht Deine persönliche Work-Life-Balance aus?*

Ich habe vier Kinder, die zwar erwachsen sind, aber dennoch meine Aufmerksamkeit bekommen. Mein allerwichtigstes Standbein ist meine Familie, daraus ziehe ich meine Energie. Daneben bin ich im Sport aktiv und spiele leidenschaftlich gerne Tennis.

*Mit Ralf Roggenbuck sprachen die Bundesvorsitzenden der DJG, Beatrix Schulze und Klaus Plattes*



### Ralf Roggenbuck

verheiratet, Vater von 4 Kindern

**1983 - 1988**

Studium der Rechtswissenschaften an der Freien Universität Berlin

**1988**

1. Juristisches Staatsexamen

**1988 - 1992**

Referendariat beim Kammergericht Berlin

**1992**

2. Juristisches Staatsexamen

**09/1992 - 08/1995**

Staatsanwalt bei der Staatsanwaltschaft Frankfurt (Oder)

**09/1992 - 02/1993**

Abordnung an die Staatsanwaltschaft Krefeld

**1994 - 1995**

Lehrauftrag an der Universität Frankfurt (Oder)

**seit 08/1995**

Staatsanwalt bei der Staatsanwaltschaft Potsdam

**2003 - 2005**

Arbeitsgemeinschaftsleiter für Referendarinnen und Referendare

**2005 - 2008**

Abordnung an das Justizministerium des Landes Brandenburg

**seit 11/2008**

Vorstandsvorsitzender des Bundes Brandenburger Staatsanwälte

**seit 2010**

Mitglied in der Deutschen Justiz-Gewerkschaft

**seit 2011**

Fachbereichsleiter Richter/Staatsanwälte bei der Deutschen Justiz-Gewerkschaft

**seit 05/2012**

Landesvorsitzender des dbb brandenburg und tarifunion

**2019-2023**

Mitglied des Rundfunkrates des Rundfunks Berlin-Brandenburg (rbb)

**2022-2023**

Rundfunkratsvorsitzender des Rundfunks Berlin-Brandenburg (rbb)

# FACHBEREICH SOZIALE DIENSTE DER JUSTIZ

Es war endlich soweit. Auch der Fachbereich Soziale Dienste traf sich, wenn auch nur in kleiner Besetzung, vom 02. bis 04.12.2024 im Mühlenhotel in Halle zum Austausch und Abgleich aktueller Entwicklungen in den Bewährungshilfen, Gerichtshilfen und Opferberatungsstellen in ganz Deutschland. Deutlich wurde dabei wieder, wie unterschiedlich wir in den einzelnen Ländern strukturell aufgestellt sind. Unabhängig davon beschäftigen uns aber doch sehr ähnliche

Vor allem nicht jenen Kolleginnen und Kollegen, die mit hohen Qualitätsstandards ihren Klienten gerecht werden wollen, aber aufgrund der hohen Belastung oftmals unbezahlte Überstunden leisten müssen. Eine hohe Motivation bei der Arbeit ist dabei nicht unbedingt den strukturellen Bedingungen zuzurechnen. Bei einer bedürftigen technischen Ausstattung wie u. a. fehlenden Laptops und Diensthandys/Smartphones, mangelhaften Sicherheitsvorkehrungen in den Dienststellen und v. a. auch

im Außendienst sowie einem Wegbruch von Netzwerkpartnern durch finanzielle Streichungen auf ministerieller Ebene kann nur zu gut, aber mit Bedauern nachvollzogen werden, dass mittlerweile Kolleginnen und Kollegen die Sozialen Dienste der Justiz zugunsten anderer Arbeitgeber verlassen. Schade.

Traurig muss also festgestellt werden, dass trotz erhöhter Anforderungen auf unterschiedlichen Ebenen Kolleginnen und Kollegen keine Entlastung erfahren, Arbeitsbedingungen sich zuspitzen und eine

Deprofessionalisierung droht. Nur mit einem noch höheren kontinuierlichen Einsatz und der Mitarbeit in noch weiteren Gremien könnte dem u. a. vorgebeugt werden. Doch wer soll das noch leisten?

Nichts desto trotz werden wir uns nicht davon abhalten lassen, beharrlich weiter an einer Verbesserung unserer Arbeitsbedingungen und strukturellen Gegebenheiten festzuhalten, damit auch die Arbeit in den Sozialen Diensten der Justiz bundesweit für unsere Kolleginnen und Kollegen wieder ansprechender wird.

**Ramona Lehnert**  
Stv. Bundesvorsitzende



V.l.n.r.: Monique Westphal (DJG Mecklenburg-Vorpommern), Bernd Kammermeier (DJG Mecklenburg-Vorpommern), Alexandra Baldermann (DJG NRW), Anne Meinicke (Sachsen-Anhalt), Anke Krauß (DJG Brandenburg), Ramona Lehnert (DJG Stv. Bundesvorsitzende) sowie (nicht im Bild) Moritz Thöle-Weimar

Bereiche, denen wir uns nähern konnten. Im Fokus standen dabei neben den Fallzahlen und den Standards sowie den Einstellungsvoraussetzungen und den Beförderungsstrukturen vor allem die Thematiken erhöhte Anforderungen, Sicherheit und technische Ausstattung.

Überall in den Bewährungshilfen scheint sich ein gesellschaftlicher Wandel auf die Lebenswelten der Probandinnen und Probanden auszuwirken, die mit steigenden Unterstützungsbedarfen einhergehen. Mit dem Wegfall von Stellen oder Einstellungsstopps in den Sozialen Diensten ist damit allerdings niemandem geholfen.

## IMPRESSUM

DJG notizen Nr. 01-2025  
Mitgliederinformation  
Deutsche Justiz-Gewerkschaft  
Bundesverband (DJG)

V.i.S.d.P.:  
Beatrix Schulze und  
Klaus Plattes  
(Bundesvorsitzende)

Redaktionsschluss 02-2025  
06. Juni 2025

Redaktion und Fotos:  
Klaus Zallmann  
DJG-Mitglieder,  
Friedhelm Windmüller sowie  
namentlich gekennzeichnete  
Berichte und der Redaktion  
eingereichte Bilder

Layout:  
Klaus Zallmann, 2mal6 GmbH

## Vorstellung als neue Fachbereichsvorsitzende der DJG für den Bereich Soziale Dienste der Justiz

**Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,**

mein Name ist Anke Krauß, ich bin 52 Jahre alt und ich freue mich sehr, mich Euch als neue Fachbereichsvorsitzende der DJG für den Bereich Soziale Dienste der Justiz vorzustellen. Seit 24 Jahren bin ich in der Justiz tätig, wo ich als Bewährungshelferin, Gerichtshelferin, Mediatorin in Strafsachen und Anti-Gewalt-Beraterin arbeite.



Nach der Wende habe ich mein Studium der Sozialarbeit und Sozialpädagogik begonnen und erfolgreich mit Diplom abgeschlossen. Während meines Studiums war ich alleinerziehend und habe es geschafft, alles allein zu meistern. Diese Erfahrungen haben mir nicht nur ein tiefes Verständnis für die Herausforderungen des Lebens vermittelt, sondern auch den Wunsch, anderen Menschen zu helfen, ihre eigene Stärke und Kraft zu finden.

In meiner beruflichen Laufbahn habe ich viele Schwierigkeiten und Veränderungen überwunden und dabei stets an Qualitätsgruppen aktiv mitgearbeitet. Mein Ziel ist es, mich stark für unseren Fachbereich Soziale Dienste der Justiz einzusetzen, zu dem die Bewährungshelfer und Kanzleikräfte gehören. Ich möchte die Rahmenbedingungen für unsere Arbeit verbessern, damit wir die bestmöglichen Arbeitsbedingungen bei den ständig wachsenden Anforderungen an uns als 3. wichtige Säule, die wir bilden, leisten und damit auch optimale Unterstützung für unsere Klienten bieten können.

Ich wurde im Dezember 2024 zur Fachbereichsvorsitzenden der DJG Bund gewählt und bin fest entschlossen, gute Arbeit zu leisten. Dabei bin ich auf Eure Mitwirkung angewiesen. Ruft mich an oder schreibt mir liebe DJG Mitglieder, wo Probleme oder Schwierigkeiten liegen, wo Handlungsbedarf besteht.

Im Land Brandenburg bin ich für den Fachbereich Soziale Dienste der Justiz zuständig und lerne noch, mich in meinen neuen Aufgaben zurechtzufinden. Ich bin überzeugt, dass wir gemeinsam viel erreichen können, denn die Ansprüche an uns werden immer höher.

Privat bin ich verheiratet und habe ein Kind, das Umweltwissenschaften im Masterstudiengang studiert. Mein Mann arbeitet im IT-Bereich, und ich bin auch eine glückliche Oma.

Ich freue mich auf die Zusammenarbeit mit Euch und darauf, gemeinsam positive Veränderungen in unserem Bereich zu bewirken.

Vielen Dank für Euer Vertrauen!

Mit kollegialen Grüßen  
Anke Krauß



## WIE JUSTIZ INSPIRIEREN KANN: DIE WELT DER JVA-BEAMTIN JULIANE – EIN JUSTIZDRAMA!

**„Mooooment, wie war das gerade?  
Hatte ich das richtig verstanden?“**

So und nicht anders fing eine ganz besondere literarische Reise für mich an. Denn ich hatte im Juni 2023 entdeckt, dass es eine ganz besondere Kollegin gibt, die ihren Traum, Bücher zu schreiben lebt. Unter dem Pseudonym Rieke Erichsen entstand ein dreiteiliges romantisches Justizdrama „Mit dem Recht ... zu lieben, zu kämpfen, zu leben. Tauche in die Welt der JVA-Beamtin Juliane ein und erfahre, wie sie zusammen mit dem älteren Anwalt Richard ihr Recht einfordert.“

Nachdem ich die ersten beiden Bücher in zwei Tagen durchgelesen hatte, war ich froh, dass am 04.10.2024 der dritte Band endlich erschienen ist. Spätestens jetzt, wo die Trilogie ein würdiges Ende gefunden hat, wird es Zeit, Rieke auch denjenigen vorzustellen, die sie bisher noch nicht kannten.

**Liebe Rieke, danke, dass Du Dir Zeit für dieses Interview genommen hast. Bitte stelle Dich doch selber mal mit zwei bis drei kurzen Sätzen den Lesern vor.**

Ich bin Rieke Erichsen, 33 Jahre jung und Justizbeschäftigte bei einem Amtsgericht in Rheinland-Pfalz.

**Wie bist Du dazu gekommen, Autorin zu werden? Wann hast du angefangen zu schreiben?**

Ich schreibe, seitdem ich ein Teenager bin. Mit 14-15 Jahren habe ich meine ersten Schriftstücke verfasst. In der Coronazeit ist dann 2021 der Entschluss gefallen, diese Trilogie zu schreiben.

**Welchen Herausforderungen hast Du Dich auf Deinem Weg als Autorin gestellt? Haben sie sich gelohnt?**

Früher hatte ich immer Angst, dass man mich erkennt und im Dienst identifiziert. Doch mittlerweile ist das nicht mehr so. Ich habe viel gelesen, um mir die notwendigen Kenntnisse für das Business anzueignen. Einen Verlag habe ich mir nicht gesucht, sondern habe meine Bücher als Selfpublisher (Selbstverleger) veröffentlicht. Es galt dabei Plattformen zu finden, die das Buch vertreiben wie z. B. Tolino. Es war wichtig, es als Taschenbuch zu veröffentlichen, sodass ich damit eine Chance hatte, für die Bücher eine ISBN-Nummer zu bekommen, um es dann z. B. bei Amazon und im allgemeinen Buchhandel vertreiben zu können.

**Unterstützt Deine Familie Dein Schreiben? Wie viel Unterstützung im Umfeld hast Du erfahren?**

Mein Mann unterstützt mich, wo er nur kann. Nach der ersten Veröffentlichung haben sich auch meine Eltern eingebracht und dann hat es sich wie eine Welle nach außen verbreitet.

**Hast du ein Vorbild? Wer sind Deine Lieblingsautoren?**

Frank Schätzing und Deborah Harkness haben mich sehr inspiriert. Vor allem Deborah Harkness mit ihrer opulenten Saga um die epische verbotene Liebe zwischen einer Hexe und einem Vampir. Ich liebe ihre Bücher über alles.

**Was hat dich dazu bewegt, diese Trilogie zu schreiben? Woher hast du die Idee bekommen?**

In meinem Leben gab es da einen besonderen Bezug zu einem Rechtsanwalt und dieser hat mich inspiriert, Richard zu erschaffen. Um Richard herum hat sich die Geschichte entwickelt. Juliane kam dann erst später dazu. Den Plot habe ich mindestens dreimal umgeschrieben. Es war mir wichtig, dass Juliane diese toxische Beziehung überlebt und das pure Glück erfährt. Mir sind Frauenthemen wichtig und das sollte sich in der Geschichte widerspiegeln. Ich habe mich intensiv mit dem Thema beschäftigt und sogar mit dem Gewalttelefon für Frauen Kontakt aufgenommen. Den Kontakt habe ich auch im letzten Band mit aufgenommen.

**Haben die Bücher auch autobiografische Elemente? Findet sich ein bisschen Rieke in den Protagonisten Deiner Bücher wieder?**

Drei Punkte kann ich dazu sagen: Juliane hat einen Hund – ich liebe Hunde. Juliane ist Fan der Harry Potter-Bücher so wie ich. Jeder sollte einen Richard haben – Richard hat ein gutes Einfühlungsvermögen und einen ausgewogenen Charakter.

**Bei welchem Deiner Bücher fiel Dir das Schreiben besonders schwer bzw. welche Szene war für Dich die größte Herausforderung?**

Besonders schwer fiel mir der dritte Band. Nicht nur einzelne Szenen, sondern eigentlich der gesamte Band. Besonders gefordert hat mich die Konfrontation mit Jonas in Julianes Wohnung. Ich habe die Szene dann extra von jemand lesen lassen, der Krimis schreibt und weiß, was bei so was wichtig ist. Die Gerichtsverhandlung habe ich z. B. mit einem Richter geschrieben. Das war mir auch sehr wichtig.



### *Woran bzw. wobei hattest Du beim Schreiben dieser Bücher am meisten Spaß?*

Den meisten Spaß hatte ich an der Recherche. Ich habe unter anderem eine JVA besucht. Das Kennenlernen von vielen tollen Menschen wie den Cover-Richard hat mich inspiriert. Koblenz und Limburg kenne ich und finde die Städte unglaublich schön. Es war toll, sie zu Recherchezwecken immer wieder mal zu besuchen. Und in Stuttgart war ich sogar auf der Retro Classic Messe. Die Oldtimer-Messe, die auch Richard und Juliane im ersten Band besuchen.

### *Welche Schauspieler würden Deiner Meinung nach Deine Charaktere spielen, wenn Dein Buch verfilmt würde?*

- Richard – Richard Gere (erinnert an seine Rolle in Pretty Woman)
- Juliane – Nina Dobrev (aus Vampire Diaries)
- Jonas – Chris Wood (aus Vampire Diaries)

### *Jetzt hat ja die Trilogie ihr Ende gefunden. Hast Du schon Ideen für ein neues Buchprojekt?*

Ja, habe ich. Das nächste Projekt wird aber nicht in der Justiz spielen – jedoch auch eine dramatische Liebesgeschichte sein.

### *Was würdest Du angehenden Autoren raten?*

Egal wie schlimm es manchmal ist oder wird, man sollte nie aufgeben. Denn eines Tages wird es sich lohnen. Egal auf welche Art und Weise. Es lohnt sich, dranzubleiben und seinen Traum zu verwirklichen!

### *Abschließende Worte von Dir zum Ende dieses Interviews?*

Mein größter Dank geht an meine Kollegen aus der Justiz, die das möglich gemacht haben und an die DJG, die mir eine Plattform geboten hat.

Das Interview führte  
Bianca Korbanek  
DJG Bundesfrauenbeauftragte

## Austausch der Bundesleitung mit den norddeutschen Landesverbänden

Im Rahmen der regelmäßigen Gespräche mit den Landesverbänden setzte die Bundesleitung Ende Januar 2025 ihren Austausch mit Vertreterinnen und Vertretern aus dem Norden fort. Geplant war ein Treffen mit den Landesverbänden Schleswig-Holstein und Hamburg in Hamburg. Leider konnte der Vertreter aus Hamburg nicht teilnehmen.

Dennoch entwickelte sich ein konstruktiver Dialog mit dem Landesvertreter André Hense aus Schleswig-Holstein. Themen des Treffens waren unter anderem die Nachwuchsgewinnung sowie die anstehende Gerichtsstrukturreform. Auch der Einsatz von Künstlicher Intelligenz in der Justiz wurde diskutiert. Ein zentrales Thema war zudem die Einführung der E-Akte. Hier standen insbesondere der aktuelle Umsetzungsstand in den Ländern sowie die Frage im Fokus, ob ein flächendeckender Start zum 01.01.2026 realistisch ist oder gefährdet sein könnte.

V.l.n.r.: André Hense (DJG Schleswig-Holstein), Beatrix Schulze, Karen Altmann, Klaus Plattes, Marco Besselt, Michael Auriga (DJG Bundesleitung)



# Präsenztreffen des Fachbereichs Rechtspfleger

## 14. November bis 16. November 2024 in Königslutter

Vom 14. Bis 16. November trafen sich die Landesdelegierten des Fachbereichs der Rechtspfleger in der DJG zu ihrem jährlichen Präsenztreffen in Königslutter. Auch die Bundesleitung der DJG war durch die Kollegin Rieck und den Kollegen Besselt wieder vertreten, was uns sehr gefreut hat. Nicht unterschlagen werden darf an dieser Stelle die Anwesenheit unseres vierbeinigen Fachbereichsmaskottchens Skye, der ja Gründungsmitglied des Fachbereichs ist.

Wir hatten eine umfangreiche und ambitionierte Tagesordnung vorbereitet, weshalb wir auch nach der obligatorischen Begrüßung unserer neuen Teilnehmer direkt mit der Arbeit begannen.

Die Fachbereichsleitung fasste in einem kurzen Statement die Aktivitäten des Fachbereichs im zurückliegenden Jahr sowie die Ergebnisse der Videokonferenzen zusammen.

Michaela Rieck und Marco Besselt berichteten anschließend über die wichtigsten Aktivitäten der DJG auf Bundesebene und der Arbeit der Bundesleitung.

Die Fachbereichsleitung gab dann zusammen mit den Kolleginnen und Kollegen der Bundesleitung den Anwesenden einen kurzen Überblick und aktuellen Verfahrensstand über das vom BDR initiierte Schiedsverfahren beim dbb, das sich gegen unseren Fachbereich richtet.

Als weiteres Thema wurde die Übertragung der Pfändungssachen vom Rechtspfleger auf den Gerichtsvollzieher besprochen. Unser Fachbereich hat für die DJG hierzu ausführlich Stellung bezogen. Besondere Erwähnung fand an dieser Stelle auch die fachbereichsübergreifende konstruktive und ebenso freundliche wie erfreuliche Zusammenarbeit mit den in der DJG organisierten Gerichtsvollziehern. Dies ist insofern erwähnenswert, weil es zu diesem Thema ja naturgemäß deutlich widerstreitende Interessen gibt. Wir haben nochmals die für jeden Praktiker offensichtlichen Fragestellungen und die daraus resultierenden Probleme bei der Umsetzung der Aufgabenübertragung diskutiert. Auch hier waren wir uns im Ergebnis einig, dass der vorgelegte Gesetzentwurf nicht tragfähig ist und insbesondere auch die angebotene Kompensation des Verlustes an

Rechtspflegergeschäften noch nicht im Ansatz diskutabel ist.

Ein aufkommendes und die Zukunft unseres Berufs mehr und mehr prägendes Thema ist die Entwicklung und der Einsatz der künstlichen Intelligenz in der Justiz. Wir waren uns auch aufgrund erster praktischer Erfahrungen einig, dass aufgrund des forcierten Einsatzes der KI in Bereichen die Justiz und ihre Mitarbeiter überfordert werden. Anträge und Klagen werden immer umfangreicher und komplexer und die Anwaltschaft hat durch die Nutzung von KI die Möglichkeit, alle Entscheidungen der Gerichte schneller und intensiver zu prüfen und ihrerseits wieder kleinste Unstimmigkeiten oder Fehler aufzudecken und die Gerichte in der Folge wiederum mit Beschwerden, Berufungen oder Revisionen zu fluten. Hier fordern wir zeitnahe und umfangreiche Anstrengungen unseres Arbeitgebers, um eine Waffengleichheit auch für die Gerichte zu schaffen. Aber auch abseits der Arbeit im Gericht bietet die KI ein erhebliches Potenzial auch in der gewerkschaftlichen Arbeit, so z. B. bei der Gestaltung von Webseiten, für die Gestaltung von Ausbildungsinhalten und für die Analyse von Daten und Informationen. Der Fachbereich will sich diesem Thema in der kommenden Zeit intensiver zuwenden.

Ein weiteres Thema von besonderer Tragweite und Bedeutung ist die im Jahr 2027 geplante Pebsy-Neuerhebung. Diese wird federführend durch das Justizministerium Baden-Württemberg durchgeführt. Hierzu hat der Fachbereich bereits die Kolleginnen und Kollegen innerhalb der DJG informiert. Wir waren uns einig, dass wir auch als Fachbereich Rechtspfleger dieses Thema sehr aufmerksam und intensiv begleiten müssen. Wir werden mit der Bundesleitung zusammenarbeiten, um einerseits so weit als möglich auf die Rahmenbedingungen in unserem Sinne einzuwirken und andererseits allen Kolleginnen und Kollegen in der DJG möglichst früh und umfänglich alle relevanten Informationen zur Verfügung zu stellen.

Die Bundesleitung hat sich zur Aufgabe gemacht, für die DJG ein Leitbild zu entwickeln, das die Grundlage unserer gewerkschaftlichen Arbeit und das Miteinander in der DJG

werden soll. Wir haben den aktuellen Entwurf beraten und um eigene Anregungen ergänzt.

Wir haben auch über die Thematik eines überarbeiteten Geldwäschegesetzes gesprochen, das sich insbesondere auf das Zwangsversteigerungsdezernat massiv auswirken wird. In der bisher bekannten Form wird sich erneut ein bürokratisches Monster erheben und einen kaum kompensierbaren Mehraufwand auch für die Rechtspfleger zur Folge haben. Wir haben besprochen, dass wir für den Fall der Vorlage eines Gesetzesentwurfes entsprechend Stellung nehmen werden.

Auch die bevorstehenden Änderungen bei der internationalen Rechtshilfe zum 1. Mai 2025 und deren Auswirkungen auf die praktische Arbeit der Rechtspfleger haben wir gesprochen.

Im Fachbereich Rechtspfleger der DJG sind derzeit ca. 300 Kolleginnen und Kollegen organisiert. Wir waren uns einig, dass wir sie besser und häufiger über die Arbeit und die Projekte der DJG und des Fachbereichs informieren möchten.



V.l.n.r.: Marco Besselt (DJG Saarland), Bettina Kratzberg (DJG Niedersachsen), Michaela Rieck (DJG Hamburg), Carolina Paulus (DJG Saarland) mit Syke, Thomas Kratzberg (DJG Niedersachsen), Petra Schmidt (DJG Brandenburg), Bernd Spaniol (DJG Saarland), Christina Loth-Höregott (DJG Berlin), Oliver Schröter (DJG Sachsen-Anhalt) und Rebecca Lemke (DJG Hamburg)

Last-but-not-least haben wir auch unsere Fachbereichsleitung gewählt, wobei die „Alten“ auch die „Neuen“ sind. Fachbereichsleitung bleiben Bernd Spaniol aus dem Saarland und Thomas Kratzberg aus Niedersachsen.

**Bernd Spaniol**  
Fachbereichsleiter Rechtspfleger

## RESOLUTION GEGEN EXTREMISMUS JEDLICHER ART UND FÜR DIE VERTEIDIGUNG VON FRAUENRECHTEN

### 1. „Nie wieder ist jetzt.“

Wir tragen Verantwortung dafür, dass die deutsche Geschichte sich nicht wiederholt.

2. Angesichts der besorgniserregenden Entwicklungen in Deutschland verabschieden die DJG Frauen eine Resolution, die sich klar und eindeutig gegen Extremismus richtet und für die Verteidigung von Frauenrechten stark macht.

3. Die DJG Frauen rufen dazu auf, sich entschieden für die Bekämpfung extremistischer Tendenzen und Ideologien einzusetzen. Gemeinsam müssen wir eine solidarische und demokratische Gesellschaft erhalten und verteidigen.

4. Die Verteidigung unserer Demokratie ist unmittelbar mit der Verteidigung von Frauenrechten verbunden. Wir

setzen uns für eine Gesellschaft ein, in der alle Menschen uneingeschränkter Zugang zu Bildung, Selbstbestimmung, Arbeitsmöglichkeiten und politischer Teilhabe haben.

5. Die DJG Frauen fordern alle dazu auf, aktiv gegen jede Form von Gewalt gegen Frauen vorzugehen. Maßnahmen zur Prävention und Unterstützung von Betroffenen müssen gestärkt werden.

6. Die DJG Frauen appellieren an alle, insbesondere an die Mitglieder der DJG, ihre gemeinsamen Anstrengungen zu verstärken, um die Grundwerte unserer Demokratie zu schützen und Frauenrechte zu verteidigen.



Die Deutsche Justiz-Gewerkschaft ist eine der größten Fachgewerkschaften der Justiz.

Die DJG strebt den strukturierten Zusammenschluss aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Justiz auf gewerkschaftlicher Grundlage an.

Die DJG setzt sich dafür ein, berufsspezifische, politische, rechtliche und soziale Interessen zu fördern und zu vertreten. Wir unterstützen den europäischen Diversitätsgedanken und fördern die vertrauensvolle Zusammenarbeit innerhalb der Justiz.

Die DJG vertritt mit ihrer Öffentlichkeitsarbeit die Interessen und Belange ihrer Mitglieder. Wir setzen uns paritätisch für alle Mitglieder ein und stehen für parteipolitische sowie religiöse Neutralität.

Die DJG engagiert sich für die Gewinnung und die Unterstützung von Nachwuchskräften. Gemeinsam entwickeln wir für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Justiz zukunftsfähige und praxisnahe Konzepte für die Erhaltung von Arbeitsplätzen und schaffen attraktive Arbeitsbedingungen.

Die DJG strebt durch aktive Gewerkschaftsarbeit mehr Flexibilität für unsere Kolleginnen und Kollegen und insbesondere die bessere Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf in der Justiz an. Durch Wertschätzung und Respekt möchten wir die Justiz als attraktiven Arbeitgeber mit Vorbildfunktion stärken.

Die DJG unterstützt und fördert die Anliegen ihrer Mitglieder in ihren spezifischen Fachbereichen, etabliert nachhaltige Netzwerke und gestaltet aktiv unsere demokratischen Werte. Wir unterstützen unsere Mitglieder zudem mit zahlreichen Leistungen.

Die DJG fördert faire Arbeitsbedingungen, indem sie sich u. a. für Teilhabe, Gleichberechtigung und Toleranz einsetzt. Wir stehen für einen verantwortungsvollen Umgang mit unseren Kolleginnen und Kollegen und setzen uns für eine gerechte Vergütung und Besoldung ein.

Die DJG begleitet Veränderungsprozesse in der Justiz. Wir unterstützen aktiv die Personalratsarbeit und fördern eine starke und motivierte Gemeinschaft.

Die DJG forciert generationsübergreifend den Wissensaustausch und sichert langfristig eine hohe Fachkompetenz in unserer Gewerkschaft und der Justiz.

Wir, die DJG nehmen unsere Verantwortung als unverzichtbare dritte Säule des Staates wahr, indem wir uns mit unseren Zielen, Reformvorschlägen und Projekten aktiv beteiligen.

Durch vertrauensvollen Zusammenhalt, gelebte Solidarität, konstruktive Kommunikation, Transparenz und engagierter Tätigkeit im Ehrenamt wollen wir gemeinsam unsere Ziele erreichen.

## Norddeutsche Hochschule für Rechtspflege: DJG votiert gegen Plan zur Umwandlung in Justizakademie

### Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Die niedersächsische Landesregierung plant zum Jahresbeginn 2026 die Auflösung der Hochschule für Rechtspflege (HR-Nord) in Hildesheim, an der Rechtspflegeranwärterinnen und -anwärter aus Bremen, Hamburg, Niedersachsen und Schleswig Holstein studieren. Sie möchte stattdessen eine Justizakademie als nachgeordnete weisungsgebundene Justizbehörde gründen. Die HR-Nord protestiert gegen dieses Vorhaben mit einer Stellungnahme auf ihrer Internetseite.

([www.hr-nord.niedersachsen.de](http://www.hr-nord.niedersachsen.de))

Die DJG sowie betroffene Landesverbände, insbesondere die Landesgewerkschaft DJG Niedersachsen schließt sich den dort aufgeführten Bedenken an.

Das Justizministerium sieht einen in der Praxis nicht vorhandenen strukturellen Mehraufwand und eine Belastung der Dozentinnen und Dozenten mit Verwaltungsaufgaben. Die Selbstverwaltung der HR-Nord mit einem eigenständigen Senat eröffnet die Perspektive, dass Lehrende und Verwaltungskräfte miteinander in Interaktion stehen und somit die linke Seite weiß, was die rechte Seite an Bedürfnissen hat oder in Praxis umgesetzt. Genau diese Struktur fördert die Identifikation der Beschäftigten an der HR-Nord. Die neue Struktur benachteiligt zudem die Lehrenden, deren hochqualifizierende Leistungen

als selbstverständlich erachtet werden, aber nicht zu Beförderungen führen.

Mit Blick auf die Stellenbesetzung wird eine Justizakademie nicht schneller, wenn die Besetzungskommission im Justizministerium für Entscheidungen viele Monate an Zeit benötigt und Bewerbende sich anderweitig orientieren. Ferner ist ungewiss, ob neue Lehrkräfte an der Justizakademie z. B. durch freier werdende Stellen wieder als Professorinnen- und Professorenstellen besetzt werden, was aktuell durchaus ein Anreiz ist, sich für die HR-Nord als Arbeitgeberin zu entscheiden. Die DJG Niedersachsen begrüßt selbstverständlich den Gedanken, verstärkt Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger in der Lehre einzusetzen und so den Praxisbezug des Studiums zu steigern. Der Schritt ist aber unabhängig von der Errichtung einer Akademie möglich. Eine Erweiterung des Kreises an Bewerbenden und einfachere Stellenbesetzungen wären möglich mit der Änderung des § 1 III Nr.3 PersVO-FHR, dass Leistungen nicht zwingend fachbezogen erbracht sein müssen.

Eine Umstrukturierung von der Fachhochschule zur Akademie lässt befürchten, dass die Zahl der Studierenden an der HR-Nord sinkt und eine Abwanderung in andere Bundesländer erfolgt. Studierende verlieren den Status, an einer Hochschule zu studieren. Der Terminus Akademie wird eher mit dem

Bereich der Fort- und Weiterbildung in Verbindung gebracht. Damit wären die Diplomanden aus Niedersachsen gegenüber Absolventinnen und Absolventen anderer Bundesländer benachteiligt, die statt Diplom-Rechtspfleger (FH) den Titel Diplom-Rechtspfleger (Justizakademie) führen würden – ganz zu schweigen davon, wie man mit Studierenden verfahren wird, die ihr Studium zu den Konditionen des alten Systems begonnen haben.

Es ist nachvollziehbar, dass es seitens des niedersächsischen Justizministeriums und den Oberlandesgerichten den Wunsch der koordinierten Einflussnahme auf Lerninhalte gibt. Dennoch sollten Lerninhalte weniger von der Verwaltung definiert werden, sondern mehr aus der Praxis kommen. Der Vorschlag wäre somit ein Praxisrat, der auch an einer Hochschule umgesetzt werden kann, indem sich die Hochschule zu der Mitwirkung eines solchen Gremiums bekennt.

Die DJG sowie deren Landesverbände im Norden, insbesondere die DJG Landesgewerkschaft Niedersachsen spricht sich aufgrund der vorgenannten Aspekte gegen die Umstrukturierung der HR-Nord in eine Justizakademie aus. Eine ausführliche Stellungnahme ist einzusehen unter:

[www.t1p.de/djg-nds\\_HR-Nord\\_2503](http://www.t1p.de/djg-nds_HR-Nord_2503)

Thomas und Bettina Kratzberg  
DJG Niedersachsen  
Fachbereich Rechtspflege

## Studie zur Privaten Krankenversicherung: Debeka erneut mit bestmöglicher Bewertung ausgezeichnet

In einem Rating zur Privaten Krankenversicherung wurde die Debeka Krankenversicherung vom Branchendienst map-report erneut für „hervorragende Leistungen“ mit der bestmöglichen Bewertung mmm+ ausgezeichnet. Mit 85,70 von 100 möglichen Punkten landet das Unternehmen auf dem dritten Platz aller untersuchten Versicherer. Im Bereich Service erreicht die Debeka 29,10 von 30 möglichen Punkten und landet damit auf der Spitzenposition. Das PKV-Rating des map-reports liefert seit über 20 Jahren eine Analyse und eine umfassende Bewertung der Qualität privater Krankenkassen anhand von Kennzahlen aus den Bereichen „Bilanz“, „Service“ und „Vertrag“. Es ist somit auch eine wichtige Entscheidungshilfe für Verbraucher bei der Wahl einer Privaten Krankenversicherung.

Die Studienautoren schreiben: „Die Debeka als bisheriger Seriensieger wurde ebenfalls mit der höchsten Bewertung mmm+ ausgezeichnet und erzielte insgesamt 85,70 Punkte. Seit 2021 liefern sich die Debeka, Signal Iduna und LVM ein Kopf-an-Kopf-Rennen um die beste Bewertung, das bis zu dieser Ausgabe ausschließlich zugunsten der Debeka ausging. Insofern dürften auch die kommenden Jahre spannend bleiben.“

„Auch das neue Rating des map-reports zeigt, dass es uns gelingt, unsere Mitglieder über Jahrzehnte hinweg auf höchstem Niveau zu bedienen. Wir wissen aber auch, dass wir dabei nicht nachlassen dürfen. Wir arbeiten tagtäglich dafür, uns für unsere Mitglieder weiter zu verbessern“, sagt Thomas Brahm, Vorstandsvorsitzender der Debeka.

## DGVB trifft DJG

Am 25. März 2025 trafen sich der Vorstand des DGVB und die beiden Bundesvorsitzenden der DJG zu einem Gespräch in Kassel. Im Dialog wurden die Schnittmengen unserer Berufsverbände herausgearbeitet. Wir haben gemeinsame Ziele definiert, insbesondere wie wir junge Menschen für die verschiedenen Berufe in der Justiz gewinnen. Ein regelmäßiger Austausch zu den Fachthemen wurde verabredet.

V.l.n.r.:

Matthias Boek (DGVB Bundesvorsitzender), Kathleen Paul (DGVB Bundesgeschäftsführerin), Beatrix Schulze und Klaus Plattes (DJG Bundesvorsitzende) sowie Thomas Hannß (DGVB Stv. Bundesvorsitzender)



V.l.n.r.: Carola Dannenberg (DJG Niedersachsen), Alexandra Klein (DJG Saarland), Karl-Heinz Leverkus (Referent), Björn Binder (DJG NRW), Sven Angenendt (DJG NRW), Linda Goebels (DJG NRW), Sabine Kapla (DJG NRW), Petra Hugel (DJG NRW), Jürgen Hettrich (DJG Saarland), Cornelius Nal (DJG NRW), Heiko Gellert (DJG NRW), Nancy Männel (DJG Hamburg), Marcel Kirchrath (DJG Hessen)

## Personalratsarbeit in der Praxis: Tätigkeitsbeschreibung und Eingruppierung im IT-Bereich

Vom 3. bis 5. Februar 2025 fand im AZK Königswinter das Seminar „Personalratsarbeit in der Praxis: Tätigkeitsbeschreibung und Eingruppierung im IT-Bereich“ statt. Unter der Leitung von Dozent Karl-Heinz Leverkus setzten sich die Teilnehmer:innen aus Hessen, dem Saarland, Niedersachsen, Hamburg und NRW intensiv mit den Herausforderungen der IT-spezifischen Eingruppierung auseinander. Neben rechtlichen Grundlagen wurden praxisnahe Lösungsansätze für die Personalratsarbeit erarbeitet und diskutiert. Das Seminar bot eine wertvolle Gelegenheit zum Austausch und zur Vertiefung der Kenntnisse in diesem komplexen Themenfeld.

## dbb beamtenbund und tarifunion: 66. Jahrestagung 05. - 07. Januar 2025 in Köln

Die Gefährdung unserer Demokratie durch Populisten, der Fachkräftemangel und eine prekäre Haushaltslage – die Herausforderung, die unser Land in politisch wie gesellschaftlich angespannten Zeiten zu bewältigen hat, ist groß. Für uns ist klar: Alle Krisen und Herausforderungen werden wir nur mit einem starken öffentlichen Dienst meistern können. Er ist das Rückgrat von Staat und Gesellschaft und ein Garant für rechtsstaatliche und sichere Verhältnisse.

In seiner Eröffnungsrede erinnerte der stellvertretende Bundesvorsitzende Volker Geyer an die entsprechende Erhebung des dbb beamtenbund und tarifunion aus dem vergangenen Sommer. Dort wurde deutlich, dass das Vertrauen der Bevölkerung in die Handlungsfähigkeit des Staates auf einem historischen Tiefstand sei. Die stellvertretende dbb Bundesvorsitzende Simone Fleischmann, hatte die Tagung zuvor in Vertretung des erkrankten dbb Bundesvorsitzenden Ulrich Silberbach und des ebenfalls erkrankten zweiten Bundesvorsitzenden Waldemar Dombrowski eröffnet und einen breiten politischen und gesellschaftlichen Dialog angeregt.

Nancy Faeser, Bundesministerin des Inneren und für Heimat, lobte in ihrer Rede am 6. Januar die Leistung des öffentlichen Dienstes und sprach sich für mehr Schutz und Investitionen aus. NRW-Ministerpräsident Hendrik Wüst ging auf die Anschläge in Solingen und Magdeburg ein. Verunsicherungen bei den Menschen mache sich breit und wirkten sich direkt auf das Sicherheitsgefühl aus. Die Politik muss reagieren und Antworten geben, so Hendrik Wüst bei seiner Rede.

In einer Vielzahl von Diskussionen wurden die aktuellen Herausforderung und Erwartungen des dbb beamtenbund und tarifunion an die Politik im Wahljahr diskutiert. Zukunftsforscher Sven Gabor Janszky nahm die Teilnehmenden der dbb Jahrestagung am 7. Januar 2025 mit auf eine Zeitreise in die Arbeitswelt von morgen und skizzierte künftige Entwicklungen und Trends.

An der diesjährigen Jahrestagung nahmen wiederum Gäste aus Politik, Verwaltung, Wissenschaft und Gesellschaft teil. Seitens der DJG waren von der Bundesleitung Klaus Plattes und Karen Altmann vertreten. Patricia Schreier für die DJG Bundestarifkommission, Bianca Korbanek, Bundesfrauenvertreterin, Sabine Wenzel, Vorsitzende der Senioren mit ihrer Vertreterin und der Landesvorsitzende des dbb Brandenburg, Ralf Roggenbuck -ebenfalls DJG Mitglied.

**Klaus Plattes**  
Bundesvorsitzender



**Bild links:** Volker Geyer, Stv. Vorsitzender dbb beamtenbund

**Bild mitte:** Zukunftsforscher Sven Gabor Janszky

**Bild rechts:** Karen Altmann (Stv. Bundesvorsitzende, DJG NRW), Rita Lorenzen (DJG Stv. Fachbereichsleiterin Senioren), Bianca Korbanek (Bundesfrauenvertreterin, DJG Niedersachsen), Ralf Roggenbuck (Vorsitzender dbb brandenburg, Fachbereichsleiter Richter/Staatsanwälte DJG Brandenburg), Patricia Schreier (Landesvorsitzende DJG Brandenburg) und Klaus Plattes (Bundesvorsitzender, Landesvorsitzender DJG NRW)



## BUNDESVORSTAND IN EISENACH

Am 28. und 29. März 2025 kam der Bundesvorstand der Deutschen Justiz-Gewerkschaft (DJG) zu einer zweitägigen Sitzung in Eisenach zusammen.

Auf der umfangreichen Tagesordnung standen insgesamt 24 Punkte. Neben den Berichten der Bundesleitung bildeten vor allem zukünftige Projekte und inhaltliche Schwerpunkte der Gewerkschaftsarbeit zentrale Themen. So wurden unter anderem geplante Aktionen und Termine für die Jahre 2025 und 2026 vorgestellt.

Ein besonderer Dank galt unseren Kolleginnen Manuela Schwarz und Natascha Gellenbeck für ihre engagierte Mitarbeit im Rahmen des Neuordnungsverfahrens zur Justizfachangestellten. Ihr Einsatz wurde vom Bundesvorstand ausdrücklich gewürdigt und unterstreicht die Bedeutung der

gewerkschaftlichen Mitgestaltung bei strukturellen Veränderungsprozessen im Justizbereich.

Ein weiterer bedeutender Programmpunkt war die Präsentation eines neuen Leitbildes, das künftig als Orientierung für die gewerkschaftliche Arbeit dienen soll. Darüber hinaus wurde eine Resolution gegen Extremismus und für die Verteidigung von Frauenrechten vorgestellt und diskutiert.

Auch aktuelle Entwicklungen rund um den Einsatz von Künstlicher Intelligenz in der Justiz fanden Eingang in die Tagesordnung und wurden intensiv erörtert.

Ein besonderer Höhepunkt der Tagung war der Besuch des Präsidenten des Thüringer Verfassungsgerichtshofs, Klaus-Dieter von Weiden, am zweiten Tag der Sitzung. Sein Beitrag wurde von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern mit großem Interesse aufgenommen.

DJG Bundesleitung



Karen Altmann und Manuela Schwarz



Karen Altmann und Natascha Gellenbeck



Die Bundesvorsitzenden Klaus Plattes und Beatrix Schulze mit dem Präsidenten des Thüringer Verfassungsgerichtshofs, Klaus-Dieter von Weiden

Bild unten: Der Bundesvorstand vor dem Eisenacher Penta-Hotel



## Neue Ausbildungsverordnung der Berufsausbildung zur/zum Justizfachangestellten veröffentlicht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Veröffentlichung ist der Startschuss der neuen Ausbildungsordnung, die zum **01. August 2025** startet.

Die Sachverständigen der Arbeitnehmer- und Arbeitgeberseite haben in Zusammenarbeit mit dem Bundesinstitut für Berufsbildung (BBiB) die Ausbildungsordnung neu strukturiert und den heutigen beruflichen Erfordernissen angepasst. Viele der Berufsbildpositionen sind allgemeine Inhalte, die für alle Berufsausbildungen gelten.

Das Thema Digitalisierung ist selbstverständlich in der neuen Ausbildungsordnung verankert, um sich der modernen Arbeitswelt der Justiz anzupassen und die Themen E-Akte sowie elektronischer Rechtsverkehr entsprechend in den Lernzielen zu verankern.

Die neue Ausbildungsordnung ist praxisorientiert, was auch Gegenstand der neu gestalteten Prüfungen ist. Aus der Zwischen- und Abschlussprüfung wird jetzt eine gestreckte Abschlussprüfung. Das bedeutet, die Note des ersten Prüfungsteils, der in der Mitte der Ausbildung geprüft wird, geht zu 30 % in das Gesamtergebnis ein. Insgesamt besteht die Abschlussprüfung aus fünf Teilen. Die Inhalte der Ausbildung und der Prüfungen können Auszubildende in der neuen Verordnung nachlesen – die Prüfungsnamen wurden neu definiert.

**Die Verordnung ermöglicht Auszubildenden mit Ausbildungsbeginn zum 01. September 2024, bei Antragstellung in gemeinsamer Absprache mit dem Arbeitgeber bereits nach der neuen Ordnung geprüft zu werden.**

Die DJG wünscht allen Auszubildenden und Ausbildenden viel Erfolg mit der neuen Ausbildungsordnung. Wir hoffen, eine neue und moderne Verordnung geschaffen zu haben, die sich der digitalen Welt anpasst und die Qualität der Ausbildung sicherstellt.

Die am Findungsprozess beteiligten Sachverständigen für die DJG im Auftrag des dbb beamtenbund und tarifunion waren neben der Verfasserin dieser Information Manuela Schwarz (DJG Hessen) und Natascha Gellenbeck (DJG NRW). Die DJG dankt den Beteiligten für die viele Arbeit und Mühe, die in die Gestaltung der neuen Verordnung investiert wurde. Manuela Schwarz gebührt ein zusätzlicher Dank für die Mitarbeit in der Arbeitsgruppe zur Erstellung des Ausbildungsleitfadens.

Karen Altmann  
Stv. Bundesvorsitzende



**FACHBEREICH**  
SENIORINNEN UND SENIOREN

Gemeinsam stark – auch im Alter.  
Die Mitgliedschaft in den Landesverbänden  
stärkt die Gemeinschaft  
und das einzelne Mitglied.

DEUTSCHE JUSTIZ-GEWERKSCHAFT



**FACHBEREICH**  
MENSCHEN MIT BEHINDERUNGEN

- > Unterstützung bei Antragsstellung nach SGB IX
  - > Widerspruch
  - > Rechtsschutz
  - > EU-Rente
  - > Dienstunfähigkeit
- > Arbeitsplatzausstattung
  - > Prävention

DEUTSCHE JUSTIZ-GEWERKSCHAFT

## DJG FACHBEREICHE: INFO-FLYER ÜBERARBEITET

Seit Ende 2024 wurden die Info-Flyer der Fachbereiche Menschen mit Behinderung und Seniorinnen und Senioren überarbeitet und in der Gestaltung an die Medien des DJG Bundesverbands angepasst. Die Medien informieren über die Inhalte und Aufgaben der Fachbereiche und sollen auch zur Mitarbeit in diesen Gremien motivieren. Weitere Info-Flyer sind aktuell in Arbeit.

Öffentlicher Dienst

# BEI UNS ZÄHLT DAS FÜREINANDER

Gemeinsam stark  
seit 120 Jahren.



Von Beamten für Beamte gegründet,  
stehen wir seit 1905 für eine Gemein-  
schaft, die sich gegenseitig unterstützt.  
Unser Ziel: Für unsere Mitglieder da sein.

*Debeka*

**Versichern und Bausparen**

## BAYERN



### Sprachrohr unserer Wachtmeister geht in die Pension

Nach über 45 Jahren Dienstzeit geht unser langjähriger Leiter des Fachbereichs Wachtmeister, Hilmar Schelhorn, nun in den wohlverdienten Ruhestand. Er hat mit viel Leidenschaft und Verantwortungsbewusstsein die Geschicke des Fachbereichs geführt und dabei maßgeblich dazu beigetragen, die Interessen der bayerischen Wachtmeister zu vertreten.

Unter seiner Leitung wurden zahlreiche wichtige Projekte und Initiativen erfolgreich angestoßen und umgesetzt, die die Ausbildung und Fortbildung im Bereich Wachtmeister nachhaltig verbessert haben. Durch sein fundiertes Fachwissen, seine berufliche Erfahrung und sein Engagement war er stets ein wertvoller Ansprechpartner und ein unermüdlicher Kämpfer für die Belange der Wachtmeister. Auch über die Ländergrenzen hinaus war er aktiv sowie auch im Fachbereich Wachtmeister in der Deutschen Justiz-Gewerkschaft.

Bei einer kleinen Abschiedsfeier überraschte ihn der Geschäftsführer der Bayerischen Justiz-Gewerkschaft, Bernd Hiltensberger (links im Bild) und übergab Hilmar Schelhorn ein kleines Präsent im Auftrag des Landesvorstands. Wir werden Hilmar und seine Expertise sehr vermissen. Wir wünschen ihm alles Gute, Gesundheit und viele erfüllende Jahre in der Pension.

**Bernd Hiltensberger**  
Geschäftsführer BJG

## NIEDERSACHSEN

### Jahrestagung der AG Justiz 2025 mit Ministerin Dr. Wahlmann und Staatssekretär Dr. Smollich am 15.01. und 16.01.2025 in Braunschweig

Frau Ministerin Dr. Wahlmann nutzte die Gelegenheit, sich bei den Gewerkschaften und Verbände der AG Justiz zu bedanken und betonte die Wichtigkeit dieses Gesprächsformates. Von hier aus gehen viele Impulse für die weitere Planung des MJs.

Ein erstes Thema war Mitarbeitergewinnung / Mitarbeiterbindung. Es reiche nicht aus, nur das Produkt Justiz besser zu verkaufen, sondern es müsse auch grundsätzlich verbessert werden. Abwanderung muss unterbunden werden. Es reiche nicht aus, an kleinen Stellschrauben zu drehen. Es bedarf eines großen Wurfes. Eine neue Kampagne sei ok, reicht aber nicht aus. Man darf kein altes Produkt in neuer Verpackung verkaufen. Das Bild der Jobs in der Justiz muss detaillierter in Umlauf gebracht werden. Es muss Ausbildungskonzepte für Quereinsteiger geben. Das Ministerium der Justiz (MJ) bestätigt, dass ein Ausbildungskonzept für Quereinsteiger kommen wird. Die Ausbildung im Eingangsam 1.2 (ehem. m. D.) wird reformiert, eine Arbeitsgruppe hat bereits ihre Arbeit aufgenommen und auch am Studium der Rechtspflege soll sich einiges ändern (Wie wir jetzt wissen, geht es um die Umstrukturierung der Hochschule in eine Justizakademie). Zusätzlich wird eine zusätzliche Stelle im MJ geschaffen, die speziell Ausbildungsthemen bearbeitet (Recruiter).



V.l.n.r.: Bianca Korbanek, Bettina Kratzberg, Torsten Lieberam und Franziska Fandrich (Landesleitung DJG Niedersachsen)

Die Themen Wertschätzung in Bezug auf Beurteilungen und Zusatzaufgaben und Transparenz bzgl. Aufstiegsmöglichkeiten wurden besprochen. Das MJ sieht hier auch einen Nachholbedarf.

Das MJ stellt die Frage, was konkret ein großer Wurf sein kann? Es wurden Aufgabenübertragungen vorgeschlagen, die die Höherwertigkeit der Aufgaben steigern könnten, somit Grund für eine bessere Bezahlung/Höhergruppierung/Anhebung der Eingangssämter sein könnten.

Die Herstellung der Verfassungsmäßigkeit der Besoldung wurde thematisiert. Das MJ verwies auf die Zuständigkeit der Landesregierung. Wir sind der Meinung, dass das Justizministerium ein Teil der Landesregierung ist und sich somit nicht ganz aus der Pflicht nehmen kann.

Stellenhebungen (Anpassung Beamtenbesoldung an die durch das BAG-Urteil erfolgte Angestelltenvergütung) für alle Dienste vom Wachtmeister über mittleren Dienst, Rechtspfleger, Amtsanwaltsdienst, Gerichtsvollzieher bis zum AJSD sollen weiter beim Finanzministerium angemeldet werden. Hierzu könne die Ausschöpfung der Stellenobergrenzen im ehemaligen mittleren und gehobenen Dienst ein Mittel sein. Die Abschaffung des ehemaligen einfachen Dienstes auch. Das MJ möchte eine Arbeitsgruppe bilden, die sich der Machbarkeit der Überführung und einer neuen zweijährigen Ausbildung im Wachtmeisterdienst annimmt. Eine der langjährigen Forderungen der Deutschen Justiz-Gewerkschaft. Konkrete Pläne zu einer Umsetzung oder ein Konzept dazu bestehen bis dato aber nicht. Die DJG wird an der Arbeitsgruppe beteiligt.

Bezüglich des Wachtmeisterdienstes wurde die Notwendigkeit eines Deutschen Sportabzeichens (DSA) für bestimmte Beförderungen besprochen. Die körperliche Fitness sei dem

MJ sehr wichtig und aus Vergleichbarkeitsgründen deshalb das DSA unabdingbar. Zur Ablegung zieht man jedoch die Möglichkeit von Zusatzurlaub in Betracht.

Die AGJ verwies auf die Notwendigkeit ausreichender Haushaltsmittel für desolate Justizgebäude hin und eine Behebung des Sanierungsstaus. Das MJ sicherte zu, dass Vorhaben prioritär abgearbeitet werden sollen, es wird Mittel vom Land geben, aber leider zu wenig, weitere Mittel sollen eingefordert werden. Die Situation wird vom MJ als frustrierend beschrieben, Verantwortung und Budget passen nicht zusammen. Kleine Maßnahmen sollen selbst erledigt werden können, auf die desolaten Zustände in den JVAen wurde besonders hingewiesen und auf den Bericht des Landesrechnungshofes, der Einsparungen anräht. Die Bereitstellung von Haushaltsmitteln für vernünftige zukunftsfähige Büroausstattung (Hard- und Software) war ein weiteres Thema, gerade ergonomisch müssen Verbesserungen her, vor allem bzgl. der Ausstattung. Das MJ sieht die Notwendigkeit und möchte Abhilfe schaffen, konkrete Mängel sollen benannt werden.

Im Rechtspflegebereich möchte man ein eigenes Dienstrecht für Rechtspfleger\*innen samt Einstiegsamt A11 prüfen. Dem Tragen der Robe für Rechtspfleger\*innen und deren Bezahlung wurde thematisiert, das MJ steht dem offen gegenüber. Auch habe man das Thema Vertrauensarbeitszeit in seiner ursprünglichen Form in den Fokus genommen und prüfe es.

Zur Einführung der Eingangsgehaltsgruppe EG 6 für die Verwaltungsmitarbeiter\*innen im Bereich des AJSD wird eine Arbeitsgruppe gebildet. Es wäre aber einfacher, die Entgeltordnung diesbezüglich abzuändern. Das MJ sieht hier auch Nachholbedarf.

**Bianca Korbanek**  
DJG Niedersachsen





## DBB NRW: Interview mit Roland Staude

Am 19. März 2025 trafen sich der Vorsitzende des DBB NRW, Roland Staude, und Klaus Plattes in der Geschäftsstelle des DBB NRW in Düsseldorf zu einem Interview und Austausch zu aktuellen Themen. Das Gespräch ist in der Akzente 01-2025 unter [www.djg-nrw.de/service/akzente/](http://www.djg-nrw.de/service/akzente/) veröffentlicht.

DJG NRW Landesvorstand



## Überarbeitung: Info für Jugendliche neu aufgelegt

Fünf Jahre war die bisherige Info der DJG NRW für den Nachwuchs alt. Für die textlich stark gekürzte und auf das Wesentliche reduzierte Info ging es bereits 2024 nach Köln in das SuperCandy-Insta-PopUp-Museum in Ehrenfeld. Die Info ist im Internet abrufbar unter [www.djg-nrw.de/service/](http://www.djg-nrw.de/service/)

## Eis und Kaffee am 24. März 2025: DJG NRW begrüßt Anwärt:innen am AZJ Essen:

Herrlicher Sonnenschein und ein paar Grad mehr als bei unserer letzten Aktion führten zu einer erfolgreichen Werbeaktion am Ausbildungszentrum der Justiz (AZJ) am Standort Essen. Es gab wieder das hervorragende Bio-Eis vom Eismann aus den Niederlanden und Kaffeespezialitäten von Annette und ihrem Coffebike, welches man sonst auch bei gutem Wetter auf der Südseite des Phönixsees in Dortmund finden kann.

DJG NRW Landesvorstand



V.l.n.r.: Melanie Martin (Stv. Landesvorsitzende Bereich Jugend), Tanja Gilles (DJG-Mitglied Regionalgruppe Hamm, Dozentin am AZJ Essen), Hanna Hackbeil (Stv. Landesvorsitzende Bereich Jugend) sowie Klaus Plattes (Landesvorsitzender) und Christiane Plattes (Fachbereichsleiterin Laufbahngruppe 1.2/2.1) waren vor Ort, um die jungen Anwärt:innen für die Themen Gewerkschaft und Mitbestimmung zu begeistern. Und natürlich mittendrin unser Erdmännchen Justus im neuen jugendlichen Look.





**NÜRNBERGER**  
VERSICHERUNG

## Einkommenschutz – so individuell wie Sie.

Wie Sie mit unserer Grundfähigkeitsversicherung dafür sorgen können, dass körperliche und geistige Einschränkungen nicht zu finanziellen werden, erfahren Sie unter:

[www.nuernberger.de](http://www.nuernberger.de)



Seite 24



**DEUTSCHE JUSTIZ-GEWERKSCHAFT  
FORDERT VON DEN BUNDESLÄNDERN**

**WERT  
SCHÄTZUNG**  
FÜR DIE JUSTIZ-BEDIENSTETEN

Wir sind die größte Fachgewerkschaft innerhalb der Justiz. Die Deutsche Justiz-Gewerkschaft (DJG) ist die Dachorganisation für alle Justizbediensteten (Beamte und Tarifbeschäftigte) der einzelnen Länder.

Wir gehören zum Dachverband des dbb beamtenbund und tarifunion.

**DJG.DE**